

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Er wies auf die Nachreichung zu Tagesordnungspunkt 7, den Nachtrag vom 08.09.2009 sowie die auf den Tischen verteilte Niederschrift der Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses vom 08.09.2009 hin.

Es bestand Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt 5.6

09/0237 Planfeststellungsverfahren zum Genehmigungsantrag der RSAG auf Erweiterung der Mineralstoffdeponie im Entsorgungs- und Verwertungspark Sankt Augustin

nicht zu behandeln, da eine Behandlung im vorberatenden Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nicht erfolgt ist.

Ferner bestand Einvernehmen, den als Tischvorlage verteilten Antrag der SPD-Fraktion

09/0255 Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 11 der öffentlichen Ratssitzung am 16.09.2009

zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 11 zu behandeln.

Zu dem als Tischvorlage verteilten Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

09/0259 Dringlichkeitsantrag Ratsbürgerentscheid Gesamtschule

wies Herr Lübken darauf hin, dass eine Dringlichkeit im Sinne des § 48 Abs. 1 GO NRW nicht vorliege und der Antrag daher nicht zur Tagesordnung genommen werden dürfe. Die Ausnahmetatbestände, die eine Erweiterung der Tagesordnung in der Ratssitzung zulassen, lägen nicht vor, da das Ergebnis des noch durchzuführenden Bürgerentscheides nicht bekannt sei. Auch bei einem erfolgreichen Bürgerentscheid lägen die Voraussetzungen nicht vor, da der Rat dann selbst in der Angelegenheit zunächst eine Entscheidung treffen könne. Er wies darauf hin, dass bei einer Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung ein Beschluss des Antrages rechtlich unzulässig sei, da der Antrag nicht den in § 26 GO NRW geforderten Kostendeckungsvorschlag enthalte.

Der Bürgermeister wies ergänzend darauf hin, dass er aus vor genannten Gründen einen Beschluss des Rates zur Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung gemäß § 54 Abs. 2 GO NRW beanstanden werde. Dies gelte auch, falls der Antrag selbst beschlossen werde.

Nach einer kurzen Diskussion lies der Bürgermeister über die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung abstimmen:

Jastimmen 22

Neinstimmen 21

Der Antrag wird unter Tagesordnungspunkt 7.1 behandelt.

Wegen des großen öffentlichen Interesses bestand Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt 11

und den hierzu gestellten Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorzuziehen und im Anschluss an Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln (Die Protokollierung erfolgt an bisheriger Stelle).